

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. jährlich. Abrechnung nach 3 Monaten. Alle Postbestellungen sind zu versehen mit dem Namen des Abnehmers und dessen Adresse. Die Geschäftsstelle befindet sich in Dresden, Hauptstraße 10. Die Redaktion ist in der Hauptstraße 10. Die Druckerei ist in der Hauptstraße 10. Die Geschäftsstelle befindet sich in Dresden, Hauptstraße 10. Die Redaktion ist in der Hauptstraße 10. Die Druckerei ist in der Hauptstraße 10.

Wilsdruff-Dresden. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle befindet sich in Dresden, Hauptstraße 10. Die Redaktion ist in der Hauptstraße 10. Die Druckerei ist in der Hauptstraße 10.

Nr. 107. — 84. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Sonnabend, den 9. Mai 1925

## Bergeblicher Kampf.

Als der Einbruch der Franzosen in das deutsche Ruhrgebiet allüberall in Deutschland den Willen zum Widerstand emporschnellen ließ, als man nach Mitteln suchte, wie man den Einbruchstruppen entgegenzutreten könnte, als man hin und her überlegte, ob es auch nichtmilitärische Mittel dieser Art gibt, da trat ein bekannter rechtsstehender Politiker zu dem höchsten militärischen Sachverständigen in Deutschland, zu Generalfeldmarschall von Hindenburg. „Ihn fragte er, ob er nicht einen militärischen Weg angeben könne, auf dem den Einbruchstruppen nun auch ein aktiver militärischer Widerstand geleistet werden könnte. Als Antwort stellte der Generalfeldmarschall nur die Frage: „Wissen Sie, wie lange die Herstellung eines schweren Geschützes dauert?“ Als der Besucher das verneinen mußte, sagte der Generalfeldmarschall: „Fünfviertel Jahre“ — und betrachtete damit die Unterhaltung über diesen Punkt für abgeschlossen.

Diese kleine Geschichte ist wohl die beste Antwort auf die deutsche indische Rede, die der bekannte englische General Morgan soeben in Paris, und zwar ausgeprochen in der Carnegie-Stiftung, gehalten hat. Der General ist früheres Mitglied der Kontrollkommission. Daß er es nicht mehr ist, daß ihn offenbar seine eigenen Landsleute dafür nicht mehr geeignet hielten, scheint ihn tief zu schmerzen. Und diese Schmerzen scheinen verheerende Wirkungen in seinem Gehirn ausgelöst zu haben, denn anders als daraus, daß er offenbar nicht mehr ganz normal ist, kann man seine Äußerungen wohl nicht erklären, nach denen Deutschland „nicht eine Bestimmung des Vertrages von Versailles über die Abrüstung ausgeführt habe“. Das wird für den anwesenden französischen Kriegsminister Nollet, den früheren Vorsitzenden der Kontrollkommission, zu hören schmerzlich gewesen sein, denn es bedeutet, daß sich Nollet der allerschwersten Pflichtverletzung schuldig gemacht hat. Deutschland sei überhaupt von einer beispiellosen Gerissenheit oder — Dummheit, sagte Morgan, wenn es nämlich fordere, zu wissen, warum die Verlängerung der Besetzung Kölns erfolgt sei, also welches die Feststellungen der militärischen Generalkontrolle seien. Morgan ist entschieden dagegen, daß man Deutschland das mitteilt; denn dann würde Deutschland feststellen können, bis zu welchem Punkte die englisch-französischen Generalsstäbe über die militärischen Rüstungen Deutschlands Bescheid wissen. Viel näher gäbe es für Herrn Stresemann die Informationsquelle: das wäre der General von Seect, der eine vollständige Liste über die Heeresbestände habe. Das nächste ist so amüsant, daß man es direkt zitieren muß: „Ich kann Ihnen verraten, daß die Armee für die neutrale Zone in Deutschland bereits formiert sind; sobald Berlin die Order gibt, können die nötigen Mannschaften im Rheinlande mobilisiert werden.“ Und das alles hat Nollet nicht gemerkt —, es ist höchste Zeit, daß die Generalkontrollkommission Herrn Morgan zu ihrem Vorsitzenden macht. Vor ein paar Jahren erschien in Berlin ein entzückendes Büchlein: „Tartarin in Berlin“. Darin wird geschildert, wie man in der Kontrollkommission dafür sorgte, daß man unentbehrlich bliebe, wie die Forderungen aufstellen und vor allen Dingen bezahlt werden, die über die fürchterlichsten deutschen Kriegsrüstungen bis auf die Namen und die Zahl der Mannschaften genaue Auskunft geben, und die dann immer aufstehen, wenn die Kommission abgebaut werden soll. Der „Petit Parisien“ äußert übrigens, General Nollet habe die Ausführungen eines englischen Kollegen mit einem Lächeln angehört. Er hat wohl selbst über das Gefasel gelacht, aber — wir haben nicht darüber, schon deswegen nicht, weil maßgebende französische Zeitungen das alles für Ernst nehmen. Wirklich und wahrhaftig für Ernst zwar nicht nehmen, aber doch so tun, als ob sie daran glaubten. Durch diese Ausführungen sei nämlich der Beweis für die „unehrliche Politik Deutschlands“ erbracht, daß nur ein Zusammengehen Englands mit Frankreich dadurch verhindern will, daß es Vorläufe über ein Sicherheitsabkommen herausbrachte, die es selbst nicht ernst nehme. Besonders raffiniert ist, daß man den englischen General ausgerechnet in der Carnegie-Stiftung, die der Herbeiführung des Völkervertrages gewidmet ist, hat sprechen lassen. Das gibt diesen Ausführungen Hintergrund, und zwar sehr ernsthaften. So ernsthaften, daß man wirklich daran zweifeln kann, ob denn nun jenseits des Rheines endlich einmal eine andere Melodie erklingen wird als das ewige Märchen von der Abfertigung der Versäler Abrüstungsbestimmungen. Angeblich bestrehe sogar der Große Generalstab noch weiter, der „Generalstab des Herrn von Seect“, wie das Blatt „Information“ behauptet. Dort liege das Karibago, das zerstört werden müsse, fügt es hinzu. Die Neutralisation des Rheinlandes sei ein Witz, die Arbeiten der Kontrollkommission seien auf ausdrücklichen Befehl des Generals Seect und vor allem des Kanzlers Dr. Luther verhindert worden —, kurzum, es ist nichts so töricht, daß es in der französischen Presse nicht nur geschrieben, sondern von dem Feindpublikum sogar geglaubt wird. Und, was das schlimmste ist, politische Wirkungen hat.

## Noch keine Festsetzung des Räumungstermins.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 8. Mai. Im Reichskabinett findet am Sonnabend die wichtige Beschlussfassung über die Zollvorlage statt. Gerüchlicherweise verlautete im Reichstag, daß die durchschnittliche Erhöhung der Zollsätze bis zu 15 Prozent in der Vorlage enthalten ist. Mit der Einbringung der Vorlage im Reichsrat in kommender Woche dürften sich auch die großen außenpolitischen Entscheidungen anbahnen. Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses eröffnet, daß die Reichsregierung erst nach dem 15. Mai in der Lage sein wird, im Ausschuss außenpolitische Erklärungen abzugeben. Die neue Aktion der deutschen Botschafter in Paris, London und Brüssel, nach Festsetzung des Räumungstermins der ersten Zone, ist bisher ohne Erfolg geblieben. Der Hauptwiderstand, sich auf einen bestimmten Termin festzulegen, liegt beim Kabinett Painlevé-Briand. Auch für die vertragliche Räumung des Ruhrgebietes liegen bisher keine Anordnungen der französischen und belgischen Militärbehörde vor.

## Zusammentritt der Botschafterkonferenz am 13. Mai

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 8. Mai. Die Botschafterkonferenz ist gestern nicht zusammengetreten. Sie wird aber den Abendblättern zufolge spätestens am Mittwoch den 13. Mai zusammentreten und endgültig zu dem Bericht der Kontrollkommission und dem Gutachten des Marschall Foch Stellung nehmen. In derselben Sitzung wird auch die Rolle der Alliierten an Deutschland festgelegt werden.

## Das deutsch-französische Kaliindustrieabkommen unterzeichnet.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 8. Mai. Gestern vormittag ist das Kaliabkommen zwischen der deutschen und der französischen Kaliindustrie unterzeichnet worden. Die besondere Bedeutung des Abkommens kommt darin zum Ausdruck, daß es nach längeren Verhandlungen gelungen ist, einen Ausgleich zwischen der deutschen und der französischen Kaliindustrie zu schaffen.

## Schiedsgericht im Korridorconflikt.

Eine Note der Reichsregierung an Polen.

Die Reichsregierung hat aus Anlaß des Eisenbahnunglücks bei Stargard an das deutsch-polnisch-danziger Schiedsgericht für den Durchgangsverkehr in Danzig einen Antrag gerichtet, in dem um Feststellung ersucht wird, daß die polnische Regierung durch mangelhafte Unterhaltung der der polnischen Staatsbahn unterliegenden Durchgangsstrecke Dirschau-Marienburg schwere Gefahren für die Durchführung des Eisenbahnverkehrs herbeigeführt und dadurch die ihr nach dem Abkommen zwischen Deutschland, Polen und der Freien Stadt Danzig über den Durchgangsverkehr obliegenden Pflichten verletzt habe. Ferner wird um eine sofortige Beweiserhebung durch Besichtigung der Durchgangsstrecke Dirschau-Marienburg, insbesondere um eine sofortige Besichtigung der Unglücksstelle unter Zuziehung von Sachverständigen und Zeugen ersucht. Die Vernachlässigung der Polen obliegenden Pflichten der ordnungsmäßigen Unterhaltung der Durchgangsstrecke wird u. a. damit begründet, daß das Schwellenmaterial nicht rechtzeitig erneuert worden sei.

Zu der Ursache des Eisenbahnunglücks bei Stargard wird in der Begründung der Anträge der Standpunkt vertreten, daß die Annahme eines Attentats abzulehnen, vielmehr der mangelhafte Zustand der Eisenbahnstrecke hierfür verantwortliche zu machen sei. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß das Schwellenmaterial an der Unglücksstelle nachweislich vermorcht war. Die Gefahr, die der Zustand der Durchgangsstrecke für das Leben und die Sicherheit deutscher Reichsangehöriger bedeute, stelle die deutsche Regierung vor die Notwendigkeit, durch die von ihr gestellten Anträge sofortige Klarheit über die Durchführung der Verpflichtung der polnischen Regierung zu schaffen.

Das Schiedsgericht, das nach dem Pariser Abkommen zwischen Deutschland, Danzig und Polen bei Streitfragen im Korridorverkehr anzurufen ist, besteht aus je einem Vertreter Deutschlands, Danzigs und Polens. Den Vorsitz in diesem Gericht führt der dänische Konsul in Danzig.

## Ein neues Balkanbündnis.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Belgrad, 8. Mai. Seit etwa einer Woche sind hier und in Athen Verhandlungen im Gange. Die Verhandlungen werden sehr beschleunigt geführt, damit noch im Laufe des Monats die Unterzeichnung des Bündnisses erfolgen kann. In Belgrad werden die Verhandlungen zwischen der griechischen und der jugoslawischen Delegation in Bostowik, der Führer der griechischen Delegation Ex. Kallamanos. In politischen Kreisen verlautet, daß nach Abschluß des Bündnisvertrages Benizelos den griechischen Gesandtenposten übernehmen wird. Im Gegensatz zu dem glatten Verlauf der Belgrader Verhandlungen soll die in Athen zwischen Rumänien und Griechenland laufenden Verhandlungen nur langsam vorwärts kommen.

## 3 Priester der Kathedrale in Sofia verhaftet.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Wien, 8. Mai. Wie die Neue Freie Presse aus Sofia meldet, wurden drei Priester der Kathedrale Swetia Wdelska verhaftet, denen nachgewiesen werden konnte, daß sie den am Attentat mitschuldigen Kirchendiener Sogorski Beistand geleistet haben. Auch aus der Provinz laufen fortwährend Meldungen über Verschwörergruppen ein. In Philippopol ist eine Verschwörung aufgedeckt worden, deren Leiter verhaftet werden konnte.

## Enge Freundschaft zwischen Frankreich und England.

London, 7. Mai. Auf einem Festessen des französischen Institutes in London hielt gestern Rusien Chamberlain eine Rede, in der er die Notwendigkeit einer engen Freundschaft zwischen England und Frankreich betonte. Zusammenarbeit in allen politischen Problemen des Tages und die gegenseitige Ergänzung beider Völker würden die beste Garantie für den Frieden und die Sicherheit der Welt und für die Aufrechterhaltung des demokratischen Charakters in den Staaten der westlichen Zivilisation bieten.

## Verhaftung polnischer Kommunisten.

Warschau, 7. Mai. Gestern gelang es der politischen Polizei, einer geheimen Zusammenkunft von Mitgliedern des Warschauer Zentralkomitees der kommunistischen Partei Polens und Delegierter einiger kommunistischer Landesbezirke auf die Spur zu kommen. Beim hervorragenden polnischen Kommunisten, darunter der Bahmeister des Zentralkomitees wurden festgenommen.

## Der Krieg in Marokko.

Erfolge der Ristabylten gegen die Franzosen.

In Marokko ist es wieder zu schweren Kämpfen gekommen, was selbst von den Franzosen zugegeben werden muß. Nach einem amtlichen französischen Kommuniqué ist bei einem Vorstoß auf den Gebirgsstock bei Bidan festgestellt worden, daß die Ristabylten die Dörfer sowie die Wäldungen auf diesem Gebirgsstock schwer verschanzt hätten, und daß sie mehrere hintereinander liegende Schützengruben angelegt hätten. Zu schweren Kämpfen kam es im Zentrum der französischen Front bei der Gruppe des Obersten Freydenberg. Freydenberg sei es gelungen, die Höhe von Taumat nach heftigen Kämpfen von den Ristabylten zu säubern. Die Ristabylten hätten außerordentlich hartnäckigen Widerstand geleistet und eine ganze Reihe von Gegenangriffen unternommen. In den Reihen der Ristabylten habe man mehrere tausend Mann der Eingeborenenstämme an der Grenze des französischen Gebietes festgesetzt, die von den Ristabylten zur Heeresleistung gezwungen worden seien. Der Feind habe zahlreiche Tote auf dem Schlachtfeld zurückgelassen. Auch einige Gefangene seien in die Hand der Franzosen gefallen.

Nicht ganz so günstig für die Franzosen lautet eine Nachricht, die über Tanger kommt und bekanntmacht, daß die Ristabylten der von Taza aus vorgehenden Kolonne unter General Cambay eine schwere Niederlage beigebracht haben. Die Franzosen mußten sich auf Taza zurückziehen und verloren etwa 30 Tote, über 100 Verwundete und zahlreiche Gefangene. Im oberen Verghatale wurde ein französisches Flugzeug auf dem Rißgebiet zur Landung gezwungen. Der Führer und zwei Beobachter wurden gefangen genommen. Die Eingeborenen in der französischen Marokkzone verhalten sich ruhig. Ein großer Teil macht jedoch aus seinen Sympathien zu Abd-el-Krim kein Hehl.

## Zum Wilsnaer Bombenattentat.

Wilsna, 7. Mai. Zu dem Bombenattentat der Gymnasialkinder gegen ihre Professoren wird noch gemeißelt, daß bisher sechs Todesopfer zu beklagen sind. Auch der Professor, der durch Revolvergeschosse schwer verletzt wurde, ist gestorben. Den Direktor hofft man am Leben erhalten zu können. In der Stadt herrscht große Aufregung. Das Gymnasium wurde geschlossen.